

# Dresdner Volkszeitung

Volltextkonto: Dresden, Baden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Stammkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Königsbrunn und Dresden-Altsadt

Bezugspreis einschließlich Frangirung monatlich 6500.— M., durch die Post bezogen monatlich 6600.— M., unter Kreuzband für Deutschland einschließlich 2300.— M., Einzelnummer 800.— M., Sonnabendnummer 400.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Telefaxzeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Komparilettzeile 700.— M., auswärts 800.— M., die 4spaltige Komparilettzeile 600.— M., auswärts 6500.— M., Ausland 5500 u. 12000 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Preisänderung 800 M.

Nr. 149

Dresden, Freitag den 21. Juni 1923

34. Jahrg.

## Cuno und Zeigner

„Cuno“, spricht er, „dieses ist sozusagen Laubemisch...“  
(Aus „Knopp“ von Wilhelm Busch.)

Man soll von Ministerreden nicht zu viel verlangen. Man soll von ihnen vor allem nicht erwarten, daß sie Probleme lösen können. Aber was man von Ministerreden fordern muß, wenn sie der Öffentlichkeit einmal übergeben werden: sie dürfen die Welt nicht mit Redensarten anfüllen. Und wenn sie sich zu den wichtigsten Zeitfragen aussprechen, so dürfen sie Tatsachen nicht verfälschen und verschleiern.

Auf Deutschlands Reichsfanzlerstuhl sitzt ein Mann, der seit Beginn seiner Amtstätigkeit nahezu nichts als billige Redensarten von sich gibt. Cuno ist ein Michaelis II. Früher versuchte er die Moral des Volkes durch gutes Zureden zu heben, während es darauf angekommen wäre, die Moral der besitzenden Schichten und ihre Drückbergerkünste ins rechte Licht zu rufen. Heilen Cunos Reden seit jeher auf durch das, was sie nicht sagten, so werden sie jetzt durch das, was sie sich verkneifen, geradezu fahrlässig und unverantwortlich. Die neueste Rede, die von ihm veröffentlicht wird, stieg gestern in der Schlußsitzung des rheinischen Provinziallandtages. Sie klang etwas besser als die in Königsberg und wandte sich in milder Form gegen den Versuch, mit Attentaten den passiven Widerstand zum aktiven hinüberzuleiten. Aber das, worauf es angekommen wäre, nämlich der reaktionären Morde- und Verbrechen entschieden und mit Strafandrohungen entgegenzutreten, blieb Cuno auch diesmal schuldig.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst hat in den letzten Tagen mehrfach die Frage an Cuno gerichtet, ob es wahr ist, daß gewisse nationale Gelden der Reichsradikalen in enger Verbindung mit bestimmten Reichsstellen gearbeitet haben. Herr Cuno schweigt. In München sprengen nationalsozialistische Horden eine sozialdemokratische Zeitung in die Luft; in Mecklenburg wird eine scheußliche Mordeat aufgedeckt, die die ganze Verfalltheit des deutschvölkischen Gemeindefinns darstellt; in Hamburg enthüllt einer unserer Genossen im Senat einen neuen gegen die Republik gerichteten Putschplan, der sich stützt auf eine mit der Reichswehr arbeitende Spitzel- und Provokateurenzentrale; in Bayern hat der Fuchs-Rachhaus-Großzug den sinkenden Sumpf enthüllt, in dem man hochgestellte deutsch-nationale Würdenträger stehen sieht — Herr Cuno schweigt. Er schweigt über Dinge, denen gegenüber Neben dringend notwendig ist, und er redet über Angelegenheiten, denen gegenüber Schweigen Gold wäre. So hat er angekündigt, daß Sondermeinungen, wie sie der Leiter eines Landes in den letzten Tagen geäußert hat, zum Ausgleich gebracht werden — im übrigen sei er „in der Frage der Lösung der außerpolitischen Wirren mit der preussischen Regierung und den Regierungen der Länder einig“. Möglich, daß sich das Herr Cuno einbildet. Aber unsere Genossen, nicht nur in der sächsischen, sondern auch in der thüringischen, preussischen und oldenburgischen Regierung werden dem Reichsfanzler versichern können, daß sie mit seiner politischen Linie durchaus nicht einverstanden sind, denn Außen- und Innenpolitik sind so nicht zu trennen, wie es Herr Cuno beliebt. Er braucht sich daraufhin nur einmal die französische Presse anzuschauen. Jedenfalls fordert die gesamte Sozialdemokratie und auch ein Teil jenes demokratischen Bürgertums, der das Reich hat, im sächsischen Landtag von den Herren Dr. Seyfert und Dr. Reinhold vertreten zu werden, daß der leitende Mann der Reichsregierung einen klareren, härteren Trennungsschutz zieht zwischen sich und dem nationalsozialistischen Nordrennerium in allen Gauen Deutschlands! Würden von der Reichsregierung die moralischen und praktischen Wachsmittel schlaggemäß gegen das politische Verbrechertum angewandt, so hätte es sich nicht berart frech entfalten können, wie das unter Cunos Regierung geschehen ist, und kein sozialistischer Minister hätte sich genötigt, die Öffentlichkeit gegen dieses Verbrechen verwickelter Soldner, verachteter Existenzen und verbitterter Reaktionsäre aufzurufen.

Damit kommen wir zu der Komödie, so sich die bürgerlichen Parteien gestern im sächsischen Landtag leisteten.

Wir sind keine Byzantiner und huldigen durchaus nicht der Auffassung, daß sozialistische Ministerreden der höchste Maßstab sein müssen. Aber wenn man gegen eine Ministerrede parlamentarische Misstrauenskundgebungen entseht, so muß man dazu denn doch etwas mehr zu sagen haben, als gestern die Redner der bürgerlichen Parteien im Landtag zu stammeln wußten. Zeigner hatte der Debatte seine Darlegungen vorausgeschickt, mit denen er bewies, daß seine Niederplaniger Rede in nichts abwich von der Regierungserklärung, mit der er sein Amt antrat. Seine Kennzeichnung der innerpolitischen Gefahren war so durchschlagend, daß auch die bürgerlichen Parteien nicht daran vorbeikommen,

wenn sie nicht an den Dingen vorbeireden wollten. Und wie wurde am Kern des Themas vorbeigeredet! Wenn der deutschnationalen Abgeordnete Kaula sich hinsetzt, vom „ollen Kapp-Bußch“ redet und sich gebärdet, als hätte er seit einigen Jahren keine Zeitung mehr gelesen, wenn er wie die Harmlosigkeit zu Pferde in die Debatte springt, so ist das nicht nur Dreifigkeit, sondern auch das Gegenteil von Mut. Denn er löst jene deutschnationalen Kreise glatt im Stich, deren Urheber- und Teilhaberschaft an den von der Presse erst in letzter Zeit wieder behandelten Verfalltäten offenkundig wurde. Und wenn der Redner der Demokraten auch darin dem Volksparteiler ähnelt, daß er gegen die Anschläge und Attentate auf Republik und Verfassung, gegen den Aufmarsch des Faschismus, wie er sich in seinen neuesten Schandtatzen zeigt, nichts Entscheidendes zu sagen hatte, so zeigt sich darin eben die ganze Knochenermüdung der demokratischen Partei.

Wie der Brief bewies, der uns aus demokratischen Kreisen gegen die auchdemokratischen Dresdner Neuesten Nachrichten zugeht, ist man in der demokratischen Partei mit diesen Seyfert und Reinhold durchaus nicht einverstanden. Man vermißt selbst in demokratischen Kreisen den Kampf dieser Partei für die bedrohte Demokratie, für die geschnähte Republik. Namentlich in den Lehrer- und Beamtenkreisen, die noch hinter der demokratischen Fahne marschieren, großt es längst ob der kapitalistischen Einstellung dieser Partei, wie ja auch die ganze getrigge Kundgebung im Landtag den Eindruck einer kapitalistischen Entlassungs-offensive machte. Die kapitalgewaltigen Stößen der bürgerlichen Parteien haben nicht nur die Erfüllungspolitik erkümmert, sie haben auch alle ernsthaften Versuche, den deutschen Finanzbankrott aufzuhalten, sabotiert. Sie haben das Ende der deutschen Mark auf dem Gewissen. Sie haben die Markstückungssaktion, wie sich im Untersuchungsausschuß des Reichstags herausstellte, zertrümmert. Sie haben vor gar nicht langer Zeit bei der von ihrem Vertrauensmann Cuno eingeleiteten Goldanleihe nicht einmal die Hälfte des ver-

anschloßten Betrages gezahlt. Diese kapitalistischen Kreise haben so viel Dreist am Stecken, daß sie es und zu immer einmal Staub aufwirbeln müssen, um ihre Schandtatzen hinter solchem Qualm zu verhehlen. Bald erscheint ihnen dazu eine Beamtenernennung günstig, bald ist's eine Ministerrede — aber immer werden sie an den Dingen, um die sich's für das Volk handelt, vorbeireden.

Wenn sie dabei wenigstens dieses Volk nicht immer im Munde führen wollten! Sie sind sich doch namentlich seit den letzten sächsischen Wahlen darüber klar, hinter wem die Massen stehen. Und wenn darüber abgemittelt werden könnte, ob die Mehrheit des Volkes einverstanden ist mit Ministerreden, die die Gemeingefährlichkeit rechtsradikaler Kreise öffentlich brandmarken, oder mit Reichsfanzlerreden, die wie die Cunoschen mit Redensarten über den Ernst der inneren Situation hinweggehen — die Kaula, Koller, Seyfert und Beschmittler würden ein blaues Wunder erleben.

### Cuno vom Rheinischen Provinziallandtag

Überfeld, 28. Juni. (Sig. Drahtber.) Der Rheinische Provinziallandtag, der in Form der 12. Landtagssitzung am Donnerstagabend mit einer großen Kundgebung, in der der Wille der rheinischen Bevölkerung zum Ausdruck kam. In dieser Kundgebung erklärten sich sämtliche Parteien mit Einschluß der Kommunisten für den Verbleiben der Rheinlande bei der deutschen Republik und bei Preußen. Die Tagung fand statt unter dem Eindruck der letzten Maßnahmen der Franzosen. Infolge wurde sich auch der Provinziallandtag gegen den sogenannten ostlichen Widerstand mit Kappeler und Trunau.

Die bürgerlichen Parteien, mit Einschluß der Sozialdemokratie, nahmen eine Entschließung an, in der es über den passiven Widerstand heißt:

„Die Welt wird erst zum Frieden kommen, wenn Friede und Freiheit einziehen am deutschen Rhein. Unre Anwärter der passiven Widerstand, ist aus dem Volke geboren und lebt in den Massen. Die Rheinländer werden diese unreife, einseitige Haltung nicht nachgeben, bis Recht und Freiheit der deutschen Rheinländer gesichert sind. Darin wissen wir uns einig mit unsern Volksgenossen in Ostfalen, in Baden, in Hessen, in der Pfalz. Eine rheinische Frage gibt es für das rheinische Volk nicht.“

Die Erklärung der Kommunisten stimmt inhaltlich mit den Erklärungen der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratischen Partei überein. Die kommunistische Resolution spricht aber dem Reichsfanzler das härteste Mißtrauen aus, weil das rheinische Proletariat nicht an den Widerstandswillen der bürgerlichen Regierung Cuno glaube.

## Reichswehr und Spitzelzentrale

Wieder ein Anschlag gegen die Republik enthüllt

Hamburg, 28. Juni. (Sig. Drahtber.)

In der letzten Sitzung der Hamburger Bürgerschaft machte der sozialdemokratische Abgeordnete Ehrenreich Enthüllungen über einen gut vorbereiteten Anschlag gegen die Republik, dessen feingespinnene Fäden durch die Aufmerksamkeit der Polizeibehörden gerissen worden sind. Aus dem Material ergibt sich, daß seit 1919 in Groß-Hamburg auf Veranlassung des Stabes des Wehrkreiskommandos in Schwerin eine Nachrichtenstelle existiert. Weber die hamburgische, noch die preussische Regierung waren von der Existenz dieser Nachrichtenstelle unterrichtet. Auch die Regierung Wieth wußte nichts darüber. Diese Nachrichtenstelle hat bereits beim Kapp-Bußch bei der Vorbereitung und Durchführung ihre Hand im Spiele gehabt. Auch davon wußte weder die Hamburger noch die preussische Regierung nach der vorherigen Reichsregierung. Diese Nachrichtenstelle, die aus privaten Mitteln unterhalten wird, befaßt sich noch heute mit der

Neberwachung von Versammlungen und Personen der links von den Deutschnationalen stehenden Parteien.

Zur Aufgabe der Nachrichtenstelle gehörte, das Reichswehrkommando über interne Vorgänge innerhalb der Regierungsparteien, über die Parteiführer und ihre Gewandheiten zu unterrichten. Zu diesem Zweck waren 20 besoldete Agenten in Hamburg-Altona tätig. Diese hatten die Mitgliedschaft in den einzelnen Parteien zu erwerben und zu verfolgen, auch an vertraulichen Zusammenkünften teilzunehmen und das Wehrkreiskommando davon zu unterrichten. Der Nachrichtenstelle ist weiter ein eigener Erkennungsdienst angegliedert, dem die Aufgabe zugewiesen ist, die „Hauptheker“ zu überwachen und Tatsachen und Ausprägungen zu sammeln, die als Unterlagen für eine spätere Inhaftierung dienen könnten. Ferner sollten Personen auffindig gemacht werden, die später als Zeugen gegen die „Hauptheker“ auftreten würden. Nach einem streng geheimen Bericht an das Wehrkreiskommando hat vor einiger Zeit eine Besprechung über die Organisation des Nachrichtenendienstes im Hamburger Hotel „Atlantia“ stattgefunden. Es wurde verlangt, den preussischen Staatskommissar zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach Möglichkeit von dem Nachrichtenendienst auszuschalten. Der Verbindungsmann des Wehrkreiskommandos, Oberleutnant von Brederlow-Altona, riet aber von der Aufstellung ab, weil der Staatskommissar dann die Wiederherstellung der Ordnung für die Monarchie erschweren könnte. Aus dem vorliegenden Material ergibt sich, daß auch Beamte von Behörden mit diesem illegalen Nachrichtenendienst zusammenarbeiten, die

Herstellung der Monarchie

geplant ist, daß führende Militärs aus Schwerin und Stettin Träger dieser Bewegung sind, alle Parteien, mit Ausnahme der Deutschnationalen, beispielhaft der Republik für die antirepublikanische Propaganda benutzt werden. Im Wehrkreis-

kommando Stettin sind die gleichen Bestrebungen vorhanden, wie beim Schweriner Kommando. Da sich die leitenden Personen der beiden Kommandos aber schlecht untereinander nicht trauen, hat das Stettiner Kommando in Hamburg einen besonderen Vertrauensmann namens Niemann, der dem Stettiner Kommando Informationen liefert.

Ein gewisser Hans Kreuzfeld erwarb die Mitgliedschaft in der D. S. R. D. im Metallarbeiterverband und versuchte

im Auftrage des Stettiner Wehrkreiskommandos einen Plan zur Abwehr eines Rechtsputches sowie einen Plan zur Bildung proletarischer Hundertschaften bei der sozialdemokratischen Vertrauensleute los zu werden. Als er hiermit kein Glück hatte, wandte er sich an die radikalen Betriebsräte, wo er schon etwas mehr Erfolg hatte. Ein gewisser Schneider Krusemark in Altona hatte den Auftrag, unter den Erwerbslosen entsprechende Propaganda zu treiben.

Von einem Hamburger Konzern sind für diese Propaganda Riesensummen zur Verfügung gestellt, u. a. von dem früheren Direktor der Boermann-Linie, Müller.

In einer Denkschrift, die von dem Hamburger Verbindungsmann am 25. März nach Stettin geschickt wurde, ist der Plan einer militärischen Besetzung Hamburgs enthalten. Wehring, der Vorsitzende des „Bundes der Niederdeutschen“, wird als der Mann bezeichnet, bei dem alle Fäden zusammenlaufen. Die Vororte Farmsb., Hammerbrook und die nördlichen Vororte Hamburg sollen, um größere Unruhen im Keime zu ersticken, vor dem Einmarsch der Truppen mit Artilleriefeuer besetzt werden. Aus dem Material ergibt sich weiter, daß der Leiter der „Technischen Rothilfe“, Bayer, mit der illegalen Nachrichtenstelle nicht nur in Verbindung steht, sondern auch als zuverlässig bezeichnet wird. Von dem Generalmajor a. D. Hellwig ist im Mai d. J. ein umfangreicher Schlachtplan gegen den inneren Feind — das sind die Sozialisten und die Sozialisten — aufgestellt worden. Aus diesem Plan ergibt sich, daß Verbindung besteht zwischen dem „Bund der Niederdeutschen“ und den deutschnationalen Wanderversen, den deutschnationalen Turnvereinen und dem „Bismarck-Bund“. Besondere Aufmerksamkeit ist der Befestigung der Führer roten Widerstandes gewidmet. Es heißt da wieder in der Denkschrift: „Je rückwärtsloser die Gewalt angewandt wird, desto schneller geht es. Mit Aufrührern wird nicht unterhandelt.“ Der Unterführer dieser Bewegung ist von General Hellwig die Verpflichtung auferlegt worden, im Falle einer Verhaftung und gerichtlichen Vernehmung keine Angaben zu machen, sondern den General Hellwig als den allein Informierten hinzustellen. Es wurde ferner eine fertig ausgearbeitete Verordnung vorgelesen, nach der die landesstaatliche Gewalt in Hamburg aufgehoben und alle Gewalt einem bestimmten Teil der Reichswehr übertragen wird.